

## Polen und Ungarn isoliert



**Rechtsstaatskrise.** Das Ringen um die Prinzipien der EU lässt eine Blockade der Hilfen gegen die Corona-Rezession befürchten.

Von unserem Korrespondenten  
OLIVER GRIMM

**Brüssel.** 18 zu neun: Mit dieser Mehrheit boxten die EU-Botschafter am Mittwoch in Brüssel den Vorschlag durch, die Auszahlung der Mittel aus dem Unionshaushalt zu stoppen, wenn in einem Land der Rechtsstaat untergraben und dadurch die korrekte Verwendung dieser Gelder gefährdet ist. Ungarn und Polen wurden überstimmt – doch auch die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Österreich, Schweden, Dänemark und Finnland lehnten den deutschen Kompromissvorschlag dieser Konditionalität ab. Sie ist ihnen zu wenig griffig.

Schwammig ist auch der erste Rechtsstaatsbericht der Europäischen Kommission, den sie am gestrigen Mittwoch vorlegte – und doch zürnten Budapest und Warschau schon im Vorfeld, warfen der Kommission Parteilichkeit vor und stellten die Rechtsgrundlage für dieses Dokument infrage. Vor dem Europäischen Rat am Donnerstag und Freitag steht die Drohung einer Blockade der Corona-Aufbaumittel im Raum. „Die Presse“ analysiert die Gefechtslage:

### 1 Was wirft die Kommission Ungarn und Polen in ihrem ersten Rechtsstaatsbericht vor?

Nichts, was nicht schon bekannt wäre, wenn auch nach Interventionen von Budapest und Warschau diplomatisch formuliert. In Ungarn gebe es nur „schrumpfende Möglichkeiten der bürgerlichen Kontrolle“, weil die Medienfreiheit eingeschränkt werde. Die Lage für zivilgesellschaftliche Organisationen sei „feindselig“. Der langjährigen Forderung der EU, die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken, sei man noch immer nicht nachgekommen. In Polen wiederum habe vor allem der politisch genehme Umbau der Obersten Gerichte „die justizielle Unabhängigkeit geschwächt“.

### 2 Werden sie nun beim EU-Gipfel den Haushalt und den Corona-Aufbaufonds blockieren?

Kaum. Sowohl Ungarns Ministerpräsident, Viktor Orbán, als auch sein polnischer Amtskollege, Mateusz Morawiecki, wissen zu gut, wie stark ihre Volkswirtschaften von den Subventionen aus Brüssel abhängig sind – und zwar vor allem die ländlichen Regionen, ihre politischen Machtbastionen. Eher ist zu erwarten, dass sie versuchen werden, die Verknüpfung zwischen der Ausschüttung dieser Gelder und der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien noch weiter zu verwässern.

Einen Teilerfolg haben sie bereits erzielt. Denn der Vorschlag des deutschen Ratsvorsitzes sieht vor, dass jeder Mitgliedstaat eine Art Notbremse ziehen und das Vorgehen der

Augen zu und durch: Ungarns Regierungschef, Viktor Orbán, legt sich mit der Mehrheit der EU-Staaten an.

[ Francois Lenoir/picturedesk.com ]

Kommission gegen sich aufs Tapet eines EU-Gipfels bringen kann.

### 3 Ist in Österreich in Sachen Rechtsstaat alles eitel Wonne?

Nein. Zwar lobt Brüssel, dass die „Wahrnehmung der Unabhängigkeit der Justiz hoch“ sei. „Sorgen“ bereite jedoch das Weisungsrecht des Justizministers in individuellen Strafverfahren. Die Ibiza-Affäre wird nicht genannt, aber sie ist gemeint, wenn die Kommission davon redet, dass Österreich „wichtige Antikorruptionsreformen in der Folge von prominenten Fällen mit Verbindung zur Parteienfinanzierung“ durchführt. Die Wirtschaft- und Korruptionsstaatsanwaltschaft spiele eine „Schlüsselrolle“, leide aber unter umfassenden Berichtspflichten und beschränkten Ressourcen. „Risiken für die Medienvielfalt“ gebe es in Ermangelung eines Gesetzes über Informationsfreiheit, und auch die „relativ hohen Niveaus staatlicher Werbeinserate“ würden die Sorge vor „möglicher Einflussnahme“ wecken.

### 4 Wieso lehnen Österreich, die Benelux- und die nordischen Staaten die Konditionalität ab?

Weil sie ihnen zu schwach ist. Vor allem in den Niederlanden und bei den Nordländern verfängt das Argument, dass man nicht wilens sei, in ein EU-Budget einzuzahlen, das autokratische Regime finanziert. Rechtsstaatlichkeit müsse mit dem Budget „verzahlt“ werden, forderte Europaministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) am Mittwoch.

## THEMEN



### SONDERBEILAGE 100 Jahre Verfassung

Heute vor 100 Jahren wurde der zentrale Teil von Österreichs Grundordnung beschlossen: ein ausgeklügeltes und bewährtes Regelwerk, paraphrasiert durch die Realverfassung und vielfach ergänzt. Zwölf Seiten zum Jubiläum.

### USA Anatomie einer fatalen TV-Debatte

Das Duell Donald Trump gegen Joe Biden war voller Untergriffe und Beleidigungen. Bang blickt die gesplittete Nation auf den Wahltag. **S. 2, 3**

### GRIPPE-IMPfung Oktober bereits ausgebucht

In Wien beginnt das kostenlose Grippe-Impfprogramm der Stadt. Bisher wurden rund 42.000 Anmeldungen registriert. In Summe stehen in diesem Winter 400.000 Dosen zur Verfügung. **S. 11**

### NAVIGATOR

Veranstaltungen **S. 28**  
Radio & TV ..... **S. 26**  
Sport ..... **S. 12**  
Aktien, Fonds ..... **S. 18**  
Wetter ..... **S. 32**  
Impressum ..... **S. 32**

[ Illustration: Petra Winkler ]



BEZAHLTE ANZEIGE

JETZT NEU:

**SafeGuest**  
Das Gästeregistrierungssystem für Gastro und Event

Jetzt **1 Monat kostenlos**, dann nur 9,90€ / Monat!

Einfach registrieren und sofort loslegen  
[www.eyepin.com](http://www.eyepin.com)  
Fertig in nur 2 Minuten, jederzeit kündbar.

11. Oktober **besser.neos.eu** **neos**

**SCHULEN UNLOCKED:**  
**OFFEN HALTEN,  
POTENTIAL ENTFALTEN.**

**WEIL'S NICHT  
WURSCHT IST.**

**Parlament.** Ein Zeuge behauptet, Geld angeboten bekommen zu haben, wenn er Novomatic im Untersuchungsausschuss positiv darstellt. Der Glücksspielkonzern dementiert und bezeichnet den Vorwurf als „lebensfremd“.

## Redefreudiger Ex-Tormann im U-Ausschuss



Aktionistische Aktenlieferung im U-Ausschuss. [APA]

**Wien.** Mit ungewohntem Redebedarf war am Mittwoch der Ibiza-Untersuchungsausschuss konfrontiert. Geladen war Ex-Rapid-Tormann Peter Barthold, der selbst sein Glück im Glücksspiel-Business gesucht hatte. Zwar konnte der ehemalige Novomatic-Geschäftspartner auf Fragen zum Untersuchungszeitraum wenig sagen, holte aber generell zu Verquickungen zwischen Branche und Politik aus. Für Aufsehen sorgte seine Aussage, Geld für Aussagen im U-Ausschuss angeboten bekommen zu haben.

Barthold hatte einst behauptet, Novomatic hätte ihm auch nach dem Ende des kleinen Glücksspiels in Wien eine Fortführung seiner Geschäfte bis 2024 versprochen. Dies sei auch schon die einzige Klage gegen den Konzern gewesen, meinte der Ex-Sportler. Er strich hervor, dass er durch sein Engagement tiefe Einblicke in die Branche habe: „Ich habe wirklich gesehen, was sich hier abgespielt hat, an vorderster Front. Was

passiert, wenn man ins Glücksspiel hineinkippen kann.“

Dass er auch selbst zu stark ins Glücksspiel hineingekippt sei, bestritt Barthold in seinem Statement vor dem U-Ausschuss. Selbst die Casinos Austria hätten jüngst bestätigt, dass er kein „auffälliges Spielverhalten“ an den Tag gelegt habe, beteuerte er. Dennoch sei er in den vier Jahren, in denen die Staatsanwaltschaft (WKStA) gegen ihn ermittelte, „sehr schwer verleumdet“ worden. Das Verfahren gegen ihn sei schließlich eingestellt worden, betonte er.

Zu Vorgängen im Untersuchungszeitraum – Ende 2017 bis Ende 2019 – habe er zwar keine persönlichen Wahrnehmungen, „zum Untersuchungsgegenstand sehr wohl, aber nicht in den letzten fünf Jahren“, sagte Barthold. Er könne jedoch Einblick in Vorgänge aus dem Jahr 2006 geben – was manche Abgeordneten zum Teil dankbar annahmen. Das oft zum Ärger etwa des U-Aus-

schussvorsitzenden, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), der immer wieder versuchte, den ausufernden Plaudereien in eigener Sache Einhalt zu gebieten.

So drehte sich ein Großteil der Befragungs- und Antwortzeit um eine Schenkungsliste von Novomatic-Eigentümer Johann Graf. Laut dieser dürften oft Ehepartner von Personen – mitunter Politiker –, die mit dem Konzern in Verbindung stehen, erkleckliche Beträge, teilweise in Millionenhöhe, erhalten haben. Die Liste führte zu mehreren Debatten über die Geschäftsordnung, da mit der Nennung der Namen in Persönlichkeitsrechte eingegriffen werde. Der Ausschuss wurde in geheimer Sitzung fortgeführt.

### Blümel-Chats mit Novomatic

SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer legte der Auskunftsperson neu aufgetauchte Chats zwischen Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann und Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) vor, wonach ein Termin mit Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) organisiert werden sollte, bei dem auch Novomatic-Gründer Johann Graf dabei sein sollte. Blümel soll dies demnach goutiert haben. Das Material stammt aus der Datenauswertung beschlagnahmter elektronischer Geräte. Ob schließlich ein Termin stattfand, konnte nicht festgestellt werden.

Für Aufregung sorgte die Aussage Bartholds, Geld für seine Aussage im U-Ausschuss angeboten bekommen zu haben – und zwar von seinem ehemaligen Geschäftspartner Novomatic über eine dem Glücksspielkonzern nahe stehende Person. Er hätte demnach im Sinne Novomatics aussagen sollen und habe dazu durch einen Mittelsmann per E-Mail eine Liste mit erwünschten Aussagen erhalten. U-Ausschussvorsitzender Sobotka kündigte daraufhin eine Anzeige an und sprach von „strafrechtlich höchst relevanten“ Vorgängen. Die angebliche Antwortliste wurde in die U-Ausschuss-Akten aufgenommen.

Novomatic hat kategorisch ausgeschlossen, Peter Barthold im Zusammenhang mit seinen Aussagen im U-Ausschuss Geld angeboten oder bezahlt zu haben. „Es wäre auch völlig lebensfremd anzunehmen, dass wir jemandem, mit dem wir seit Jahren im Rechtsstreit stehen, Geld anbieten würden“, so ein Sprecher. Noch dazu da Barthold, ehemals Geschäftspartner und dann erbitterter Gegner Novomatics, alle Verfahren verloren habe, die nicht eingestellt wurden. Der Konzern will auch rechtliche Schritte gegen Barthold prüfen.

In Abrede stellte Barthold, dass er sich mit Vertretern von Grünen, Neos und SPÖ im Vorfeld seiner Befragung getroffen haben soll, um seine Aussagen im Ibiza-U-Ausschuss abzusprechen. Dies hatte jene Person behauptet, die ihm angeblich das Angebot gemacht hat. (APA)

## Appell zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria

Prominente schreiben an Regierung und Bundespräsidenten.

**Wien/Linz.** Namhafte Vertreter unter anderem aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Kirche haben am Mittwoch in einem offenen Brief an die Staatsspitze der Republik Österreich zu einer „menschlichen Lösung“ der Notsituation im griechischen Flüchtlingslager Moria aufgerufen. „Wer Unrecht lange geschehen lässt, bahnt dem nächsten den Weg“, eröffneten sie das Schreiben mit einem Zitat des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt.

Die Unterzeichner – darunter Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), Karikaturist Gerhard Haderer, Regisseur Andreas Gruber, die Rektorin der Linzer Kunst-Uni, Ursula Brandstätter, Schriftsteller Thomas Baum, der Vorsitzende des Mauthausen-Komitees Österreich, Willi Mernyi, oder Paralympicsieger Walter Ablinger – sehen eine Verpflichtung zur Hilfe für jene, „die vor Not und Elend fliehen“ und für deren Schutz zu sorgen. (APA)

WIEN-WAHL 2020

## So sieht eine klare Sichtweise aus.

Ein innenpolitisches Medium ist immer nur so gut wie die Menschen dahinter.

Manfred Seeh berichtet mit nüchternem Blick über das Leben in Wien, auch das politische. Damit Sie wissen, wen Sie warum wählen – und wen nicht.



Immer eine gute Wahl.  
Jetzt 8 Wochen um nur 1€/Woche.  
DiePresse.com/wahlabo

Die Presse